

stellt hat: Die gefälschten Noten sind von der von den Engländern besetzten Insel Malta herübergekommen. Dort hatten die Engländer einen Schwärzen vom deutschen Reich gelockt, um ihn als Spion zu dinge. Er wurde vor den „Wana Wana“, den englischen höchsten Verwaltungsbeamten der Insel, gerufen. Dieser fragte ihn aus, gab ihm seine Mustern für weitere Spionage und als Zusage mehrere 40-Rupien-Noten, die sämtlich gefälscht waren. Um also die Mittel zur Bezahlung von Spionen zu gewinnen, ist die englische Verwaltung nicht davor zurückgeschreckt, sich der Notensälschung zu bedienen. Der misleitete Eingeborene hat seinen Hochverrat mit dem Tode gebüßt. Der Verfälscher war der frühere englische Konsul in Daresalam, King. Er ist für die Kundschafterdienste, die er jahrelang in der deutschen Kolonie getan hat und die von größtem Wert für die Engländer im Kriege gewesen sind, gewiß mit einem Gelde bezahlt worden.

Die Ereignisse in Finnland.

Ganz Wiborg erobert!
Nach einer Meldung des finnischen Hauptquartiers ist nunmehr ganz Wiborg erobert. Der Feind hält sich noch im westlichen Teil von Sorbela Trantara. 6000 Revolutionäre versuchten sich einen Weg nach Fredrikshamn zu bahnen, der Versuch wurde jedoch mit schweren Verlusten abgeschlagen. Durch diesen Sieg hat das finnische Heer die letzte starke Wehr des Feindes gebrochen.

Die Monarchie in Finnland.
„Stockholms Tidningen“ zufolge erklärte das finnische Regierung angehörnde Mitglied Castren, daß der finnische Landtag demnächst zur Erledigung dringender Fragen und zur Erneuerung des Regierungsmandats in Helsingfors zusammentreten werde. „Stockholms Dagblad“ erklärt, daß der Gedanke der Einführung der Monarchie allmählich in den bürgerlichen Kreisen Boden gefaßt habe.

Das allgemeine Wahlrecht im preussischen Abgeordnetenhaus.

Ein Verzagungsantrag.
In der gestrigen zweiten Beratung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus stellte Graf Spee (Zentrum) im eigenen Namen den Antrag, die Wahlrechtsvorlage von der Tagesordnung abzuweisen und bis nach Friedensschluß zu vertagen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte hiergegen, der Antrag sei für die Regierung unannehmbar. Sie werde ihm mit den äußersten verfassungsmäßigen Mitteln entgegenzutreten.

Abg. Porisch (Zentrum) erklärte, der Antrag sei der Fraktion bekannt gewesen, der Antragsteller sei aber mit ihm allein geblieben.

Abg. Bachnide (f. B.) führte aus, daß, wenn bei einer Partei etwa Neigung vorhanden sein sollte, dem Antrag Spee zuzustimmen, er namentliche Abstimmung beantragen würde.

Ärztlichen.
Abg. Hoffmann (u. S.) erklärte, daß, wenn der Antrag angenommen werden sollte, er die Kämpfer an der Front auffordern würde, so lange den Kampf einzustellen.

Es entstand ein unbeschreiblicher Lärm. Zurufe von rechts: Landesverrat, Hochverräter. Psui, Psui! Hoffmann wird zur Ordnung gerufen.

Nachdem noch Abg. Bohmann (natl.) sich für seine Partei gegen den Antrag ausgesprochen hat, stellt Abg. von Seydewitz (Kons.) den Antrag, die Sitzung eine Stunde zu vertagen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Antrag Spee auf Vertagung der Vorlage bis nach dem Frieden in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Für den Antrag stimmten 60, dagegen 333 Abgeordnete, 1 Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.
Ministerpräsident Graf Hertling führte dann etwa folgendes aus:

Die Staatsregierung hofft, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung mit dem Hause zu kommen, und einen Weg zu finden, der die jetzt noch so weit auseinandergehenden Meinungen zusammenführt. Die Vorschläge der Kommission sind für die Staatsregierung nicht annehmbar. Auch der Antrag Bohmann konnte nicht zum Ziele führen; es kann sich nur darum handeln, das allgemeine gleiche Wahlrecht in den Grenzen der Vorlage zu verwirklichen. Die Zusage ist gegeben. Sie muß eingelöst werden. In allen modernen Staaten ist das politische Leben auf das Ziel des gleichen Wahlrechtes eingestellt. Vielfach ist dieses Ziel schon erreicht. Auch Preußen kann sich dieser Entwicklung auf die Dauer nicht entziehen. Es kann sich nur darum handeln, einer allzu weitgehenden Radikalisierung vorzubeugen. Bestimmungen, die einer solchen entgegenwirken, sind schon in der Vorlage vorgesehen. Weitere Anregungen in dieser Richtung wird die Regierung gern prüfen, denn sie ist fest entschlossen, schädlichen Wirkungen des gleichen Wahlrechtes nach Möglichkeit vorzubeugen. Aber es ist auch notwendig, daß wir bald zu einer Entscheidung kommen im Interesse der großartigen Einmütigkeit unseres Volkes, die wir erhalten müssen. Jetzt

sind wir in der Lage, gegebene Zusagen ohne schwere Erschütterungen einzulösen. Das gleiche Wahlrecht kommt, es ist nur die Frage, ob es ohne große Erschütterungen oder nach schweren inneren Kämpfen kommt. (Beifall rechts.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:
Eine Verständigung ist sehr wohl möglich. Der Träger der Krone ist vor Erlass der Botschaft selbstverständlich in eingehendster Weise unterrichtet worden. (Hört, hört!) Als alter, guter Preuße habe ich den Wunsch, daß der König, gebet durch die Minister, vor die Deffenlichkeit tritt. Auf das Gemeinwohlrecht braucht das preussische Wahlrecht keinen Einfluß zu haben. Die Verfassungen von Staat und Gemeinde können nach einem Auspruch von Bebel nicht über einen Kamm geschoren werden. Mit der Botschaft vom 11. Juli ist ein Regierungsprogramm zusammengefaßt worden, das nicht mehr aufzuhalten ist.

Dr. Porisch beschloß, zur Vermeidung einer doppelten Generaldebatte die Artikel 1 bis 3 der Vorlage zusammenzubringen, gibt Dr. Porisch die Erklärung ab, daß ein kleiner Teil seiner Partei (Zentrum) gegen die Mehrheit für die Vorlage stimmen wird.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Schluß der Montagssitzung.

Staatsminister von Seydewitz stellt gleichfalls fest, daß das Recht, Frieden zu schließen, nur dem Kaiser zustehe. Ueber die Frage einer Kriegsentwädigung habe er sich wiederholt geäußert und wolle hierauf nicht nochmals näher eingehen. Außerdem liege ein Antrag hierzu vor, der im Hause noch verhandelt werde, so daß noch Gelegenheit sei über diese wichtige, uneren Lebensnerv beherrschende Frage zu sprechen. Die sächsische Staatsregierung habe den Steuervorlagen des Reiches im allgemeinen zugestimmt und sie habe auch mit Erfolg versucht, Widerungen im Interesse Sachsens herbeizuführen. Auf weitere Einzelheiten könne er hier nicht eingehen. Beim Branntweinmonopol handle es sich um ein Handelsmonopol, während die Verhältnisse in den Brennerien so bleiben sollen wie bisher. Infolgedessen dürfe man annehmen, daß die Belastung durch das Monopol nicht unerträglich sein werde. Im übrigen seien auch Steuern mit in Aussicht genommen, durch die der Besitz ganz erheblich getroffen werde. Er erinnere nur an die Börsensteuer, die Luxussteuer, die Wein- und Schaumweinsteuer und die Verzinsungssteuer. Notwendig sei, wie er bereits früher ausgeführt habe, daß die direkten Steuern den Bundesstaaten in der Hauptsache verbleiben.

Die Zukunft Elb-Lothringens.

Gesandter Geh. Rat von Leipzig teilt mit, daß Erwägungen über die Zukunft Elb-Lothringens bei der Reichsleitung im Gange gewesen seien. In den Bundesrat seien bis jetzt noch keine bestimmten Vorschläge gelangt. Infolgedessen müsse sich die Staatsleitung eine gewisse Zurückhaltung bei ihren Äußerungen in dieser Sache auferlegen. Jedenfalls habe sich aber die bisherige Verfassung Elb-Lothringens nicht bewährt, insbesondere auch nicht die Einführung einer Landesverfassung. Die sächsische Staatsregierung habe bereits damals Bedenken hiergegen erhoben und die Erfahrungen hätten die Bedenken bestätigt. Jedenfalls sei ein Weiterstreiten auf dem bisherigen Wege in Elb-Lothringen im deutschen nationalen Interesse nicht zu empfehlen. Er hoffe, daß ein gangbarer Weg gefunden werde. Die sonstigen Maßnahmen in Elb-Lothringen hängen mit militärischen Gründen zusammen. Auch sei ein Schweigegebot im dortigen Landtag über die zukünftige Gestaltung des Landes durch den Bundesrat nicht erlassen worden. Ob eine Angleichung an einen oder mehrere Bundesstaaten in Frage kommt, sei jetzt noch nicht bestimmt.

Abg. Sindermann (Soz.) bemerkt, daß seine Fraktion gegen das Kapitel (Ministerium des Innern) stimmen werde. Er sei der Meinung, daß Sachsen einheitlich im Bundesrat vertreten sein müsse.

Nach einer weiteren Aussprache wurden die Kapitel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. Auf Antrag des Abg. Dr. Böbner genehmigte die Kammer dann noch das königliche Dekret Nr. 12, betref den Entwurf eines Gesetzes über die Brandversicherung von Gebäuden, die von der Zwangsversicherung ausgeschlossen sind.

Der Antrag des Abg. Kleinhempel und Genossen, betreffend Disziplinär-Bestimmungen für berufsmäßige Bürgermeister in Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte, wurde der Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

Reichsversicherung und Krankenkassen.

Weiter steht zur Beratung Kap. 68 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes, betr. Reichsversicherung und Unfallversicherung für Gefangene. — Vizepräsident Fräßdorf (Soz.): Die Invaliden- und Krankenversicherung habe sich im Kriege bewährt. Es seien große Aufwendungen zugunsten der Kriegsverletzten gemacht worden. Redner ersucht die Regierung, im Bundesrat dahin zu wirken, daß alsbald eine Verordnung erlassen werde, die die Versicherungsspflicht bis zu 4000 Mark Einkommen ausdehnt. Das sei schon des ungeheuren Sinkens des Geldwertes wegen nötig. Notwendig sei auch eine Versicherung über die Unfallverletzten hinaus.

Durch die Kriegskosten seien die Krankenkassen sehr schwer belastet worden. Seine politischen Freunde erwarteten, daß die Vertreter Sachsens im Bundesrat dafür sorgen, daß die Krankenkassen, wenn nicht ganz, so doch teilweise schadlos gehalten würden.

Abg. Zimmermann (natl.) widerlegt frühere Behauptungen Fräßdorfs über die Gehaltsverhältnisse der Krankenkassenangehörigen und bittet die Regierung, bei den Gewerbetreibenden usw. darauf einzuwirken, daß die kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker einen größeren Gebrauch als bisher von der Versicherung machen.

Abg. Heide (Soz.) wünscht, daß die sächsischen Vertreter im Bundesrat für eine Revision der Reichsversicherungsordnung eintreten. Das Aufsichtrecht über die Krankenkassen sei zur Vormundenschaft ausgeartet. Schließlich verlangt Redner Herabsetzung der Altersgrenze für die Versicherten und eine andere Stellung der Landesversicherungsanstalt den Kriegsinvaliden gegenüber.

Sekretär Koch (f. B.) tritt für die Bestrebungen der Krankenbeamten nach anderer Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse, Beitritt zur sächsischen Ruhegehaltsklasse und nach Uebertragung der Rechte und Pflichten der staatlichen und gemeinblischen Beamten auf Grund des Paragraphen 359 der Reichsversicherungsordnung ein.

Geh. Regierungsrat Dr. Kriesche: Die Regierung habe sich schon beim Erlass der Reichsversicherungsordnung mit der letztgenannten Angelegenheit befaßt, sei sich aber schlüssig geworden, diesen Weg nicht zu beschreiten, um nicht die Selbstverwaltung der Klassen zu sehr zu beschränken. Die Entschieden der Landesversicherungsanstalt über die Rentenbezüge der Kriegsinvaliden würden vom Ministerium des Innern eingehend geprüft.

Vizepräsident Fräßdorf bestätigt, daß die sächsische Landesversicherungsanstalt in der Fürsorge für die Kriegsverletzten hinter anderen Anstalten nicht zurückstehe.

Das Haus nimmt das Kapitel in den Einnahmen mit 70 200 Mk., in den Ausgaben mit 440 150 Mk. an. Bei Art. 1 des außerordentlichen Staatshaushaltsplanes werden 200 000 Mk. für Errichtung eines Schwesterheims der evangelisch-lutherischen Diakonissenanstalt zu Dresden auf dem Grundstücke des neuen Krankenhauses Widau angefordert.

Abg. Singer (natl.) drückt seine Freude über die Errichtung des Heims aus und hofft, daß damit dem Mangel an Schwestern begegnet werde. — Die eingestellte Summe wird bewilligt.

Meine politische Meinungen.

Feindliche Propaganda in Deutschland. In der letzten Sitzung der sächsischen Landtag wurde mitgeteilt, daß ein amerikanisches Bureau in Holland auf Deutsch sprechende Arbeiter aus Holland nach Deutschland schick, um dort politische Anschauungen im Sinne unserer Feinde zu verbreiten und revolutionäre Propaganda zu betreiben. Die industriellen Werte werden dabei, hierauf besonders zu achten und etwaige Beobachtungen sofort dem Generalkommando zu melden.

Gegen die neue Reichsweinsteuer wendet sich der Bund westdeutscher Weinländer. Der Beschloß, bei den Mitgliedern der Reichstagsfraktionen vorstellig zu werden und diese zu bitten, ihren ganzen Einfluß auf eine Herabsetzung der vorgesehene Steuer von 20 auf 10 Prozent auszuüben.

Der Streit um Erzberger. Aus Dresdener Zentrumskreisen wird der „Dresdener Volkszeitung“ mitgeteilt, daß am Sonntag in Dresden die Hauptversammlung des Zentrumswahlvereins für Sachsen stattgefunden habe, die einen scharfen Verlauf genommen habe. Habe es doch gegolten, den Vorsitzenden zu wählen und einen Anhänger der Vaterlandspartei zu wählen. Bei Besprechung der Baugemeinschaft erklärte der Graf v. Schönburg-Waldenburg, der Abgeordnete Erzberger sei ein verlogenes Schweinehund, ein verlogenes Subjekt. Die anwesenden Arbeiter protestierten hiergegen und verlangten die Entfennung des Grafen. Es sei nach dreimaliger Aufforderung des Vorsitzenden an den Grafen, das Aolal zu verlassen oder die Beleidigung zurückzunehmen, nahm der Graf die Beleidigung ohne jedes Bedauern zurück. Es gelang dann seinen Freunden, einen Anhänger der Vaterlandspartei, den Seifenfabrikanten Schmidt, zum ersten Vorsitzenden zu wählen.

Der neue Präsident des Reichseisenbahnamtes. Der Präsident der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elb-Lothringen, Wilhelm Gieseler, Oberregierungsrat Frick ist zum Präsidenten des Reichseisenbahnamtes unter Verleihung des Charakters als Wirk. Geheimrat mit dem Prädikat Excellenz ernannt worden.

Der neue Chef für Handel und Gewerbe in Belgien. An Stelle des zum württembergischen Minister des Innern ernannten Ministerialdirektors v. Roehler ist der belgische Regierungsrat und Vortragende Rat im Reichsamt des Innern Freiherr v. Weller zum Chef der Abteilung für Handel und Gewerbe beim Generalgouverneur in Belgien ernannt worden.

Ein Kompromiß in der ungarischen Wahlrechtsfrage? Nach einer Mitteilung bedachtigt Dr. Welterle, mit Vorschlägen zur Kabinetsbildung erst dann vor dem König zu erscheinen, wenn er in der Wahlreform mit dem Grafen Tisza ein Kompromiß abgeschlossen haben wird. Beratungen hierüber werden jetzt gepflogen.

Der Wider der Erzherzogs Ferdinand und f. Die Wiener Wälder melden aus Prag, daß in der Festung Theresienstadt Cavallo Prinzip, der Wider der Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, an Anochenaberkullos gestorben ist.

Ein Vizekönig von Irland. „Daily Telegraph“ meldet, daß Lord Middleton zum Vizekönig von Irland ernannt worden ist. Es war während des Burenkrieges Kriegsminister.

Rein Zoll deutschen Bodens an Italien. Die „Oesterreichische Postzeitung“ meldet: Sonntag fand in Prag der 2. Deutsche Volkstag statt. Die Versammelten leisteten in feierlicher Form folgenden Eid: Wir schwören beim Andenken unserer gefallenen Söhne und Weiber, bei allem, was uns heilig ist, keinen Zoll deutschen Bodens mehr preiszugeben, untrennbar festgehalten an dem Bündnis mit den Brüdern im Reich, komme da, was da will, denn hoch und heilig aber allen anderen Pflichten steht die Pflicht über Zeus gegen das eigene Volk. So wollen wir es in Zukunft halten, so wahr uns Gott helfe!

Englands Ernährungsorgane. Der englische Lebensmittellieferant Lord Bland ist abgedankt, daß mit Ablauf der geltenden Zölle und Vorschriften am 15. Juli im ganzen Reich ein einheitliche Nationalerzeugungsbüro eingeführt werden mit Aufsicht über Zucker, Fleischwaren und Getreide, nämlich Butter, Margarine und Schokolade. Letztere dürfen nur in einzelnen Bezirken einschließlich London herbeigekauft werden und, und angeblich mit mehreren Stellen die Zulassung dieser heimischen Waren. „Times“ nehmen an, dies besonders bei in Betracht komme, daß in der Provinz schon jetzt zugestellt wird. Die Zwangsverteilung von Brot ist nicht beabsichtigt. Es bleibt neutral. Nach Mitteilung der „Agenzia Reana“ hat der neue sächsische Ministerpräsident Wilsdorf erklärt, daß er werde an der Freizügigkeit und an der Freundschaft zu allen nachbarnen Wäldern festhalten.